

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 98 (2001)
Heft: 12

Artikel: Volksinitiative "für faire Kinderzulagen"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840741>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

chen lieber vom Familienleistungs- als vom Familienlastenausgleich. Denn Kinder sind für Familien keine Last. Vielmehr sollen die Leistungen, die Familien im Interesse der ganzen Gesellschaft erbringen, finanziell abgegolten werden. In der Sozialhilfe betonen wir nicht mehr die Bedürftigkeit, sondern die Ressourcen, welche die KlientInnen mitbringen. Wir bestimmen nicht einfach über sie, sondern sie bestimmen mit. Das sind keine Wortspielereien. Dahinter verbergen sich neue Forderun-

gen und eine andere Haltung unseren Zielgruppen gegenüber. Wir wollen Familien nicht unterstützen, sondern fördern. Wir wollen nicht nur die materielle Existenz der KlientInnen sichern, wir wollen sie sozial integrieren. Unsere eigenen Ansprüche an die Familienpolitik und die Sozialpolitik sind grösser geworden. Theoretisch haben wir diesen Wandel vollzogen, in der Praxis müssen wir die Beweise dafür noch erbringen.»

gem

Volksinitiative «für faire Kinderzulagen»

Der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund (CNG) hat anlässlich seiner Delegiertenversammlung von Mitte November seine Volksinitiative «für faire Kinderzulagen» lanciert. Ziel ist es, für jedes Kind schweizweit die gleich hohe Zulage zu erreichen und so unter anderem «mit dem Zulagen-Chaos» aufzuräumen, wie es im CNG-Pressedienst heisst. Der CNG möchte in der Verfassung einen einheitlichen Satz von 15 Franken pro Tag und Kind, also 450 Franken im Monat, verankern. Dieses neue System würde, so zitieren Medien den CNG, 9,2 Milliarden Franken kosten. Die Mehrkosten werden mit 3,9 Milliarden veranschlagt. Sie sollen von Bund und Kantonen übernommen werden; die Arbeitgeber würden ungefähr gleich stark belastet wie bisher.

«Um Familien mit kleinen und mittleren Einkommen besser zu stellen und vor dem Fall in die Armut und die Abhängigkeit der Fürsorge zu schützen, sind höhere Kinderzulagen das bessere Instrument» als Kinderkrippen, hält

Martin Flügel, beim CNG Leiter Sozialpolitik, fest. Die Eltern hätten so immer noch die Möglichkeit, ihre Kinder in eine Krippe zu geben und die von ihnen bevorzugte Familienform zu leben. Für den CNG stehe «ganz klar das Wohl der Familie und nicht ein wirtschaftlicher Zwang» im Vordergrund, weshalb er die von ihm berechneten 7,5 Milliarden Franken für genügend Krippen und Tagesschulen lieber für höhere Kinderzulagen einsetzen möchte. Denn «nur unter dieser Bedingung ist die Schaffung von Krippenplätzen für den CNG ein sinnvolles Anliegen», hält Flügel fest.

gem/pd

Infos: Unter www.kinderzulagen.ch findet sich ein Argumentarium zur Kinderzulagen-Initiative. Bei ZeSo-Redaktionsschluss war die Website noch im Aufbau, so dass die Initianten und Mitträgerinnen der Initiative nicht via Link zu eruieren waren: Sie sind zu finden unter: www.kinderzulagen.ch/wer.html

Familienpolitik muss Leistungen aller Familien anerkennen

Städteinitiative: Mit kombinierten Massnahmen Familien entlasten

Die Städteinitiative «Ja zur Sozialen Sicherung» hat ihre familienpolitischen Postulate verabschiedet: Sie fordert eine bundesrechtliche Lösung für die Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien sowie ein Splitting bei der Familienbesteuerung.

«Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko sein», sagte Ursula Begert, Präsidentin der Städteinitiative und Berner Gemeinderätin, an der Konferenz von Ende November in Winterthur. Im Mittelpunkt der Tagung stand gemäss Pressemitteilung die Familienpolitik, vor allem Massnahmen gegen die zunehmende Familienarmut. Jürg Krummenacher, Präsident der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF), hob als Gastreferent den gesellschaftspolitisch wertvollen Beitrag der Familien hervor und forderte einen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Familien mit Kindern und Haushalten ohne Kinder. Auch der Ausgleich zwischen gut verdienenden Familien und solchen mit geringem Einkommen müsse dazu beitragen, das Armutsrisiko von Familien zu verringern. Die Städteinitiative und die EKFF verfolgen laut Pressemitteilung grundsätzlich die gleichen familienpolitischen Ziele. So fordern sie unter anderem, die Vielfalt von Familienformen sei zu anerkennen. Gefordert werden die Regelung der Kinderzulagen auf Bundesebene, Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien sowie ein Splitting bei der Familienbesteuerung.

Die Städteinitiative will, so die Pressemitteilung, «eine Familienpolitik, die nicht bloss die materielle Existenz sichert, sondern die Lebensbedingungen der Familien umfassender würdigt». Eltern sollen beispielsweise Familien- und Erwerbsarbeit besser miteinander vereinbaren können. Gastgeber Ernst Wohlwend, Stadtrat in Winterthur, sagte, die Situation von Familien und Kindern müsse vermehrt in der Wohnbau-, Verkehrs-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik berücksichtigt werden. Er forderte nicht nur Verbesserungen auf Bundesebene, sondern zeigte auch auf, was die Städte im eigenen Verantwortungsbereich tun können. Als nächstes wollen die Städte ein Inventar von flankierenden Massnahmen auf kommunaler Ebene erstellen, das dem Erfahrungsaustausch dient und zum Nachmachen animiert.

Präsidiumswechsel:

Von Begert zu Wohlwend

Ursula Begert tritt Ende Jahr als Präsidentin der Städteinitiative zurück. Das Präsidium übernimmt per 1. Januar 2002 Ernst Wohlwend, Stadtrat, Winterthur. Der Städteinitiative gehören die Sozialvorstände von 40 Schweizer Städten an.

gem/pd

Informationen: Departement Soziales, Winterthur, Telefon 052/267 56 12; weitere Infos sowie Postulate zur Familienpolitik 2001: Das 4-Säulenmodell, Text als pdf-Datei, unter: www.staedteinitiative.ch